

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches

mit Außenminister Johann Wadephul am 19. November 2025

Länderthema
Angola
Organisation
Brot für die Welt, Misereor, Werkstatt Ökonomie
Beschreibung der Menschenrechtsproblematik: Die Menschenrechtssituation in Angola bleibt angespannt. Zivilgesellschaftliche Freiheiten sind stark eingeschränkt, da Demonstrationen regelmäßig mit übermäßiger Polizeigewalt, willkürlichen Festnahmen und Einschüchterungen beantwortet werden. Zudem wird über eine exzessive Nutzung der Untersuchungshaft berichtet. Untersuchungen zu diesen Übergriffen finden kaum statt, Verantwortliche bleiben meist straflos. Der Handlungsspielraum für Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Oppositionspolitiker*innen ist weiterhin eng, was durch politische Intoleranz und Angst vor Repression verstärkt wird. Dokumentierte Vorfälle der letzten Monate umfassen massive Eingriffe bei landesweiten Protesten gegen die Dieselpreiserhöhung mit über zwanzig Toten und bis zu tausende Festnahmen, sowie die Inhaftierung und Misshandlung von Aktivist*innen und unabhängigen Medienschaffenden. Im Oktober 2024 verabschiedete die Regierung das Präsidialdekret Nr. 214/24, mit dem das Institut zur Überwachung gemeinschaftlicher Aktivitäten (Instituto de Supervisão das Atividades Comunitárias - ISAC) geschaffen wurde. Die neue Institution ist mandatiert, Aktivitäten und Finanzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen umfassend zu überwachen und diese bei Gesetzesverstößen anzuzeigen. Soziale und wirtschaftliche Rechte sind zunehmend bedroht. Über 40 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, 20 Prozent der Bevölkerung sind von extremer Armut betroffen, und die Arbeitslosenquote liegt bei fast 30 Prozent. Dazu kommt eine anhaltende Dürre im Süden des Landes, die die Notlage vieler Familien weiter verschärft. Besonders Kinder und ältere Menschen sind von Hunger und Krankheit betroffen. Nur die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die öffentlichen Basisdienste – Wasser, Gesundheit, Bildung und Energie – sind insbesondere in ländlichen und stadtnahen Gebieten unzureichend. Im Bereich der Ressourcennutzung herrscht weiterhin mangelnde Transparenz. Die Einnahmen aus der Erdöl- und Diamantenförderung sowie aus dem Abbau anderer Bodenschätze werden nicht offengelegt. Umwelt- und Sozialfolgen von Bergbauprojekten werden unzureichend geprüft. In den rohstoffreichen Regionen Cabinda, Lunda Norte und Lunda Sul kommt es immer wieder zu willkürlichen Festnahmen und Gewalt durch Sicherheitskräfte. Konzessionen für Bergbauprojekte werden ohne vorherige Konsultation der betroffenen Gemeinden vergeben und damit ihre Landrechte missachtet. Sie werden enteignet, ohne angemessene Entschädigung umgesiedelt und verlieren dadurch ihre Lebensgrundlage. Wer sich für Landrechte einsetzt, wird bedroht oder verhaftet. Der hybride Rechtsrahmen aus formellem und traditionellem Recht wird nur schwach umgesetzt, was besonders Frauen in ländlichen Regionen benachteiligt. Diese Entwicklungen bergen erhebliche Risiken für die Stabilität des Landes. Soziale Spannungen, politische Intoleranz und mangelnde Transparenz in der Rohstoffverwaltung könnten in sozialen Unruhen münden.
Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung: Wir bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der angolanischen Regierung dafür einzusetzen, dass: • Alle Fälle exzessiver Gewaltanwendung durch Polizei und Militär und insbesondere die Vorfälle im Zusammenhang mit den Demonstrationen im Juli 2025 unabhängig und transparent untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. • Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen durch geeignete gesetzliche und institutionelle Maßnahmen gewährleistet wird. • Das Präsidialdekret Nr. 214/24 wieder aufgehoben wird. • Programme zur politischen Bildung und zum gesellschaftlichen Dialog gefördert werden, um demokratische Teilhabe und nationale Kohäsion zu stärken.

- Maßnahmen zur Reduzierung sozialer Ungleichheit umgesetzt und verbesserter Zugang zu Trinkwasser und Landtiteln insbesondere im ländlichen Raum ermöglicht wird.
- Bei Bergbauprojekten die Prinzipien der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) umgesetzt und eingehalten werden und vor deren Genehmigung umfassende Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie freie und informierte Konsultationen (FPIC) bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen durchgeführt werden.
- Im Falle von Landenteignungen angemessene Entschädigungen gezahlt und Umsiedlungsmaßnahmen verträglich und einvernehmlich gestaltet werden.